Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 2.—, Halbjährig Mk. 4.—, Ganzj. Mk. 8.—. Einzelnummer 20 Pf. — **Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung** d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 60 Pf. — Bei Wiederhol. Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüd. Echo“, München, Herzog Maxstr. 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 50 | **12. Dezember 1919** | **6. Jahrgang**

1919 Wochenkalender 5680

	Dezember	Kislew	Bemerkung
Sonntag	14	22	
Montag	15	23	
Dienstag	16	24	
Mittwoch	17	25	Chanukah 1. Tag
Donnerstag	18	26	
Freitag	19	27	
Samstag	20	28	שבת חנוכה מברכין החדש



Das Jüdische Echo

Nummer 50 | **12. Dezember 1919** | **6. Jahrgang**

Israelitische Kirchenpolitik in Württemberg

In Württemberg gibt es eine israelitische Landeskirche und infolgedessen auch eine israelitische Oberkirchenbehörde. Die Rabbiner sind Kirchen- und somit Staatsbeamte und der oberste jüdische „Geistliche" führt gleich seinem protestantischen Kollegen den Titel „Oberkirchenrat". Diese Tatsachen sind erfreulicherweise allgemein bekannt, so daß wir nicht in den Verdacht kommen können, uns über unsere Leser lustig zu machen, wenn wir sie berichten. Die württembergische Judenheit aber fühlte sich bis dato unter diesen Verhältnissen sehr wohl, man kam sich mächtig fortgeschritten vor, da man eine der wichtigsten „Errungenschaften" der christlichen Kirchenreformation, den Gedanken der Staatskirche mit übernehmen durfte und war sich gern bewußt, derart auch von der christlichen Öffentlichkeit als dritte Konfession anerkannt zu werden.

Dies Idyll, das die jüdischen Angelegenheiten zur Domäne einiger angesehener, mehr oder minder wohlmeinender Herren machte und der israelitischen Landeskirche und ihren Funktionären und Nutznießern die fast unbeschränkte Gewalt gab, die religiösen und nationalen Minoritäten im württembergischen Judentum, Orthodoxe und Zionisten und natürlich die bösen Ausländer nach Belieben schlecht zu behandeln, nahm ein jähes Ende durch die deutsche Revolution und den Anbruch der „neuen Zeit". Die Verfassung des Volksstaates Württemberg und vor allem die Reichsverfassung von 1919 kennen keine Staatskirche mehr, und als der Purpur der evangelischen Landeskirche fiel, mußte der etwas ärmliche „Herzog", die israelitische Kirche, nach. Man entschloß sich also, wenn auch ungern, des Geistes der neuen Zeit einen Hauch zu verspüren und die etwas mittelalterlichen Bestimmungen von 1912 in demokratischem Sinne zu revidieren. Das natürlichste wäre nun gewesen, wenn die israelitische Oberkirchenbehörde, die weder nach der neuen Reichsverfassung noch nach jüdischem Gesetz eine Existenzberechtigung besitzt, dem Beispiele Vieler, die größer waren als sie, folgend, einfach abgedankt und die Neuregelung der Verhältnisse einem aus allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlen hervorgegangenen Judenparlament für Württemberg überlassen hätte.

Das geschah selbstverständlich nicht. Statt dessen erschien im Kurialstil der „Entwurf einer Verordnung, betreffend die Einberufung einer israelitischen Landeskirchenversammlung", der natürlich nicht an die jüdische Öffentlichkeit, sondern lediglich an „die Kirchenvorsteherämter und Rabbinate" gerichtet war und es diesen überließ, ob sie ihre etwaigen Äußerungen dazu auf Grund eines Beschlusses der Gemeindeversammlung oder als selbständiges Gutachten abgeben wollten. Die jüdische Allgemeinheit Württembergs hat also bis heute offiziell keine Kenntnis von dem Inhalt des Entwurfs und soll, geht es nach dem Willen der „Maßgebenden", schließlich mit einem Wahlgesetz zur konstituierenden Landeskirchenversammlung beglückt werden, auf dessen Inhalt sie keinen Einfluß hat nehmen können. Noch besser: während die Reichsverfassung und ihr folgend die württembergische Staatsverfassung nachträglich das staatliche Aufsichtsrecht in kirchlichen Dingen aufhebt, kann sich die israelitische Oberkirchenbehörde von dem Machtschimmer, den ihr die Eigenschaft als Organ des Staates verlieh, nicht trennen: man klammert sich an die Hoffnung auf „ein gewisses Aufsichtsrecht", an „die Mitwirkung der Staatsorgane bei der kirchlichen Verwaltung der israelitischen Religionsgemeinschaft und ihrer Gemeinden" und scheint es zu bedauern, daß diese Mitwirkung neuerdings „vielfach beschränkt ist".

Dem undemokratischen Geiste den all das bereits deutlich erkennen läßt, entspricht natürlich der gesamte Inhalt des Wahlgesetzes. Zwar kann man nicht recht umhin, allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlen auszuschreiben und auch den Frauen das Wahlrecht zuzugestehen. Um so energischer verwahrt man sich gegen den Proporz — weshalb, zeigt mit lobenswerter Klarheit die Begründung, die dem betreffenden Paragraphen beigegeben ist. Denn das Verhältniswahlrecht würde auch die Minoritäten zu Worte kommen lassen; es würde zur Parteibildung führen und den „Richtungen" im Judentum Gelegenheit zur geistigen und politischen Auseinandersetzung geben, es würde wahrscheinlich revolutionierend wirken und die althergebrachte Notabelnwirtschaft umstürzen. Das aber gerade will man nicht, und deshalb schlägt man „die Einzelwahl vor, bei der eine Verständigung der Parteien und Richtungen über die Person des Kandidaten leichter zu erreichen ist und der Wahlkampf eher vermieden wird."

Hofft man auf diese Weise die übliche lokale Notabelnherrschaft dauernd befestigen zu können, so will man doch nichts versäumen, um unerwünschten Überraschungen vorzubeugen. Deshalb wird die Zahl der „Volksvertreter" auf 17 beschränkt, von denen 2 noch dazu „Kultusbeamte", also Vertreter der „Rabbiner, Lehrer und Vorsänger" sein sollen, denen man eine so harmlose Freude zu machen und deren man sicher zu sein glaubt. Eine so geringe Zahl von Repräsentanten wird natürlich, so hofft man, der Beeinflussung durch die wahren Chachemim, heißt die Mitglieder der Oberkirchenbehörde, die gar nicht daran denkt, nach Wahl der konstituierenden Landeskirchenversammlung abzutreten, leichter zugänglich sein, als eine größere Versammlung, die eine Anzahl oppositioneller Elemente enthalten könnte. — Daß keine Öffentlichkeit der Verhandlungen vorgesehen ist, wird nach alle dem niemanden in Erstaunen setzen, ebensowenig wie die Wahlkreisgeometrie des Entwurfes, der sich ganz den Bedürfnissen der liberalen Mehrheit anpaßt, und die Tatsache, daß den Wahlen die Volkszählung von 1910 zu Grunde liegen soll, „weil seitdem keine Zählung nach dem Religionsbekenntnis stattgefunden hat". Die, wir gestatten uns die Frage, jedoch bei der ungeheueren Zahl der Juden in Württemberg jüdischerseits nicht nachgeholt werden könnte?

Diese letztere Bestimmung hat freilich noch ihren besonderen Grund und dürfte den Entwurf der herrschenden Assimilation besonders wertvoll ma-

chen. Denn durch sie wird es gelingen, den größten Teil der ausländischen Juden in Württemberg vollends zu entrechten. Diese ausländischen Juden, denen man zwar das Recht, Steuern zu zahlen, restlos zubilligt, die aber den bestehenden Bestimmungen unterworfen bleiben sollen, nach denen ihnen das aktive und passive Wahlrecht erst nach fünfjährigem Aufenthalt in Württemberg, nicht etwa in Deutschland zusteht, könnten nämlich das fürchtet man wohl, das jüdische Leben entkirchlichen und jüdischer machen wollen! Oder — wir wollen niemanden beleidigen —, sollte es einflußreiche Männer geben, die aus Angst vor dem Antisemitismus sich möglichst von ihren jüdischen Brüdern, soweit sie zufällig nicht in Deutschland geboren sind, trennen, die sich durch Opferung der Ausländer von der Bedrohung durch den Antisemitismus loskaufen wollen?

Man könnte es fast glauben. Denn der Vorsitzende des liberalen Vereins in Stuttgart, Herr Landgerichtsdirektor Stern, durfte es wagen, in einer jüdischen Versammlung eine weitere Verschärfung des Entwurfes zu beantragen, dergestalt, daß Ausländern das passive Wahlrecht erst nach zehnjährigem Aufenthalt in Württemberg zustehen sollte, weil — das durfte ein Jude sagen — die ausländischen Juden nicht nur Verbreiter des Bolschewismus, sondern auch Schieber und Wucherer seien!

Für jeden anständigen und bewußten Juden ist der vorliegende Entwurf natürlich unannehmbar, auch ohne die zahlreichen Schönheitsfehler, die ihm ohnedies noch anhaften. Er bedroht und beleidigt Orthodoxe, Zionisten, Ausländer, ja jeden aufrechten, bewußten Juden gleicherweise. Es ist zu hoffen, daß sich alle Jüdisch-Empfindenden zusammenschließen werden, um eine Änderung im jüdischen und demokratischen Sinne zu erringen, um den Weg freizumachen für den geistigen Kampf um die großen Gegenstände des Judentums, um das Bewußtsein zu wecken für den erhabenen Gedanken der Solidarität aller Juden. Die „Jüdisch-demokratische Gemeindepartei", deren Bildung angestrebt wird und die in diesem Sinne wirken muß, wird sich, wenn sie für die Ausländer und ihr Recht eintritt, auf eines der schönsten Worte der Bibel berufen können, das da befiehlt: „Ein Recht sei Euch, den Einheimischen wie den Fremden."

Wir erwarten, daß die bewußte Judenheit Württembergs, mag es auch in ihr zahlreiche Strömungen geben, geschlossen und entschlossen ihre Pflicht tun wird, um endlich das unjüdische israelitische Landeskirchentum in Württemberg zu beseitigen und an seine Stelle eine Verfassung jüdischen Geistes zu setzen. G.

Stuttgarter Brief

Das jüdische Leben in Stuttgart hat in letzter Zeit an Intensität zugenommen. Die Umformung der israelitischen Landeskirchenverfassung beschäftigt die Gemüter — soweit man an den Angelegenheiten der israelitischen Landeskirche überhaupt Interesse nimmt.

Weit größer ist die Anteilnahme an der Palästina-Aufbauaktion, die jetzt auch in Stuttgart eingesetzt hat. Am Sonntag, den 30. November, sprach Herr Davis Trietsch-Berlin im vollbesuchten Oberen Museumssaal über das Thema: „Der Aufbau des jüdischen Palästina". Besonders interessant waren die zahlreichen Lichtbilder, die Herr Trietsch vorführen konnte, und die sehr eindrucksvoll die Leistungen der jüdischen Arbeit aufwiesen. Das Publikum dankte dem Redner durch lebhaften Beifall.

Am Abend vorher hatte in einer außerordentlich besuchten Versammlung der zionistischen Ortsgruppe Herr Glaser über „Die Lage des Zionismus in Palästina", Herr Trietsch über „Möglichkeiten des Aufbaus" gesprochen. All diese Veranstaltungen haben das Interesse für jüdische Dinge in Stuttgart stark gesteigert. — Inzwischen hat bereits die Sammeltätigkeit für den Palästina-Aufbaufonds eingesetzt und schon namhafte Beträge gezeitigt.

Man darf nach alledem gespannt sein, ob die Stagnation des jüdischen Lebens, die überall in Württemberg herrscht, endlich überwunden werden oder ob das württembergische Judentum, wie bisher, in Untätigkeit fern von den geistigen Kämpfen der jüdischen Gegenwart verharren wird. Vielleicht tut der steigende Antisemitismus das Seine, den jüdischen Stolz, die Verantwortungs- und Arbeitsfreude zu stärken. Traurig genug, daß der Anstoß von außen und auf so widerwärtige Weise kommen muß. K. P.

Ein offenes Wort zur Judenfrage

So nennt sich ein Artikel in dem Pfälzer Blatt „Landauer Anzeiger" vom 24. November d. J., der über einen Vortrag berichtet, den der Vorsitzende der Demokratischen Partei in Kaiserslautern, Dr. Kehr, in einer öffentlichen Versammlung des „Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" über „Das Gebot der Stunde" hielt. Dr. Kehr, ein hervorragendes Mitglied des Zentralvereins, hielt sich im ersten Teil seiner Rede streng an Tatsachen und betonte was wir schon öfter in Reden zur Abwehr des Antisemitismus hörten. Gegen Schluß seiner Rede sagte Dr. Kehr — und wir berichten hier wörtlich was im Berichte der oben genannten Zeitung zu lesen ist —:

„Wir wollen es nicht machen, wie die Zionisten und unserm zerschlagenen Vaterland treulos den Rücken kehren."

Was soll man dazu sagen, wenn in einer Zeit der wüstesten Hetze gegen alle Juden ohne Unterschied der Parteien, ein Jude und noch dazu der berufene Vertreter einer jüdischen Organisation, zu einer solch ungewöhnlichen Denunziation ausholt. Seit der im Januar 1914 veröffentlichten Erklärung eines antizionistischen Komitees deutscher Juden hat niemand mehr derartiges geleistet! Es sei deshalb die Anfrage an die Zentralleitung des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gerichtet, wie sie sich zu den unerhörten Aussprüchen eines hervorragenden Mitgliedes ihres Vereins stellt. J. F.

Nachrichten aus Polen

(Von unserem Krakauer Berichterstatter.)

Der polnische Staat wurde wohl in Paris geschaffen, doch lange nicht in Polen. Posen ist gegenwärtig eher französisch und deutsch, als polnisch, Mittel- und Westgalizien siecht unter dem Einflusse der alten österreichisch-polnischen Wirtschaft, die ukrainische Majorität in Ostgalizien läßt sich trotz „offizieller Beschlüsse" von der polnischen Minorität nicht beherrschen, in Kongreß-Polen hält die russisch-bolschewistische Bewegung ihren Einzug, im Osten tobt der Kampf mit den Ukrainern und Bolschewiken, das neuerwachte Tschechien ist nicht abgeneigt, mit den Polen das Glück auf den Schlachtfeldern zu suchen, England verhält sich mit seinen geheimnisvollen Plänen reserviert und Frankreich

möchte sich in Polen festsetzen, um Deutschland in Schach zu halten.

Und während der ganze polnische Staat sich heute noch im Embryostadium befindet, eher Mittel und Wege zur Konsolidierung seiner Verhältnisse und Schaffung einer gesunden Basis suchen sollte, beschäftigen sich die polnischen Staatslenker noch immerfort mit dem „Judenproblem". Wohl werden keine Synagogen und jüdische Häuser mehr angezündet, keine offiziellen Pogrome mehr veranstaltet, das privilegierte „Bärteschneiden" hat aufgehört, aber der vor dem Kriege inszenierte wirtschaftliche Boykott wird weiter planmäßig und systematisch durchgeführt. — Jüdische Kaufleute bekommen in vielen Ortschaften keine Bedarfsartikel, das Losungswort „Kaufet nicht bei Juden" ist auf fruchtbaren Boden gefallen. — Die Polen sind weit davon entfernt, die den Juden versprochenen und in Paris festgesetzten Minoritätsrechte zu gewähren. Einer jüdischen Delegation, die in der Frage der Sonntagsruhe intervenierte, erklärte der Landmarschall, es sei für die Juden sehr ungünstig, wollten sie nicht die Sonntagsruhe einhalten, es könnte deshalb leicht zu Pogromen kommen. Der Landmarschall zeigte sich sehr hold, indem er den Juden riet, sie möchten sich von ihrer religiösen Oberhoheit die Bewilligung einholen, den Samstag auf den Sonntag zu verlegen. Die Erbitterung ist darob sehr groß und eine der größten jüdischen Organisationen „Szlome Emune Jisroel", die gegenwärtig mehr als 600 Verbände mit zirka 120 000 Mitgliedern zählt, Chederim, Jeschiboth, Waisenhäuser errichtet, Büros in ganz Polen, Litauen, Posen, Mittel- und Westgalizien erhält und früher eine den polnischen Machthabern keineswegs ungünstige politische Taktik verfolgte, wird jetzt angesichts dieser antireligiösen Tendenzen auch ihre politische Haltung anders gestalten. Über die Anträge, die Sonntagsruhe betreffend, welche die Abgeordneten Thon, Schipper, Grünbaum, Halpern und Hirschhorn einbrachten, ging der polnische Landtag zur Tagesordnung über und so wurde der wichtigste Punkt des Vertrages seitens der Polen offiziell gebrochen. Doch der Kreuzzug gegen die Juden wird nicht nur in wirtschaftlicher und religiöser Hinsicht geführt. Als Zeligowski mit seiner Division aus Odessa nach Polen einrückte, da überfielen die polnischen Soldaten die landwirtschaftliche Kolonie der Jca in Slobodka (bei Kolomea), erschossen drei Pfadfinder und der Rest wurde verwundet. In vielen polnischen Städten werden jüdische Pfadfinder, 12—16jährige Burschen, verhaftet und militärischer Ziele beschuldigt; in Wadowice (bei Bielitz-Biala) fand sogar gegen 13 jüdische Pfadfinder eine gerichtliche Verhandlung statt. — Die Judenhetze geht somit weiter planmäßig und systematisch vor sich und die polnische Judenheit, welche von den Untersuchungskommissionen Morgenthau und Stuart Samuel so manche Verständigung und Annäherung zu den Polen erhoffte, erlitten wieder eine Enttäuschung.

Maximilian Spaeth

starb am Donnerstag, den 4. ds. Mts., den Opfertod durch eigne Hand. Dieser unendlich traurige Fall beleuchtet die augenblickliche Lage des deutschen Judentums blitzartig. Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes den tragischen Vorfall ausführlich behandeln.

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Die samaritanische Gemeinde in Sichem. Das Kopenhagener Zionistische Büro berichtet: Die samaritanische Gemeinde in Sichem hat kürzlich an die Zionistische Palästina - Kommission ein Schreiben gerichtet, worin sie von der Gründung eines Gemeindekomitees Kenntnis gibt, das den Zweck hat, alle Angelegenheiten der Samaritaner zu leiten, ihre Lage in kultureller und materieller Hinsicht zu verbessern und die Gemeinde vor dem Untergang zu bewahren. Die Zionistische Kommission hat beschlossen, die Hilfeleistung für die nur noch etwa 100 Familien zählende Gemeinschaft der Samaritaner zu erwägen, die, wenn sie ohne Hilfe gelassen wird, sicherlich der Assimilation an die arabische Bevölkerung anheimfällt.

Eine neue jüdische Gärtnerschule. Der Verein zur Förderung der Bodenkultur unter den Juden Deutschlands und die Berliner Jüdische Gemeinde errichten vor Berlin gemeinsam eine Gärtnereischule. Der Betrieb dürfte bereits im Frühjahr eröffnet werden.

Die Bodenpreise in Palästina gefallen. Wie das Londoner jüdische Korrespondenzbüro aus Jaffa berichtet, sind die Bodenpreise in Palästina um etwa 30 Prozent gefallen. Auch die Baumaterialien werden billiger. Man hofft auf ein weiteres Sinken der Preise.

Gesellschaft für Tuchfabrikation.

Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet: In Bialystok ist eine Gesellschaft für Tuchfabrikation in Palästina gegründet worden, die den Namen „Taassija" trägt. Diese Gesellshaft hat ein Zirkular versandt, dem wir folgendes entnehmen:

Vor dem Kriege wurden zirka 180 000 Pud Wolle und Baumwolle mit einem Werte von 5 Millionen Franks Gold aus Palästina exportiert. Der größte Teil der Wolle, die in Palästina und Syrien gewonnen wird, wird im Lande verbraucht. Die Verfertigung geschieht auf primitivste Weise durch hölzerne Spinnrocken. Solcher Spindeln, auf denen Seide, Baumwolle und Wolle verfertigt wurden, waren vor dem Kriege im Lande 25 000 vorhanden. Spezielle Wollwebereien, besonders für „Abajes", gab es etwa 20 im Lande, die ungefähr 1000 Arbeiter beschäftigen.

Der ganze Orient wartet auf den modernen Fabrikanten, der die Zivilisation und die entwickelte Technik in das rückständige asiatische Wirtschaftsleben einführen soll. Um diese Aufgabe zu erfüllen und dadurch Brot und Arbeit für die palästinensische jüdische Bevölkerung zu schaffen, ist die „Taassija" gegründet worden. Sie will ein Kapital von 5 Millionen Mark aufbringen und in Palästina eine Bialystoker Tuchfabrikation begründen.

Das Grundkapital soll auf 1000 Aktien zu je 5000 Mark verteilt werden.

Die Gründer beteiligen sich mit eigenem Kapital; ein Teil von ihnen hat beschlossen, nach Palästina überzusiedeln und aktiv an der Arbeit teilzunehmen.

Holland.

Die Arbeit für den Erez Israel Restoration Fund in Holland. Die Zionistische Organisation in den Niederlanden hat eine kräftige Aktion unternommen, um den den Niederländischen Zionisten auferlegten Beitrag von 5000 Gulden für den Erez Israel Restoration Fund aufzubringen. Der „Jood-

sche Wachter“, das Organ der niederländischen Zionisten fordert in einem Leitartikel die Zionisten der Niederlande auf, eine Selbstbesteuerung zu Gunsten des Erez Israel Restoration Fund durchzuführen, welche, dem Einkommen jedes Zionisten entsprechend, in Klassen abgestuft ist. Die Zionisten werden ersucht, sich selbst in diese Klassen einzureihen, um die Abgaben zu entrichten.

Deutschland.

Bamberg. Antisemitische Verleumdungen. Das naturärztliche Halbmonatsblatt „Gesundes Leben“ veröffentlichte in Nummer 9 vom 15. September an seinem Kopf folgende „öffentliche Anfrage“: „Wir fragen hierdurch Herrn Geheimrat v. Wassermann öffentlich: Ist es wahr, daß das Ihnen nahestehende Bankhaus Ihres Vaters in Bamberg an einem einzigen Tage 2,5 Millionen Mark durch das Salvarsan verdiente? Es war, als die Aktien der Höchster Farbwerke durch die Salvarsanreklame so kolossal in die Höhe getrieben wurden. Um Antwort wird gebeten. „Gesundes Leben“, Freies naturärztliches Halbmonatsblatt.“ Daraufhin hat der Angegriffene an das Blatt eine Berichtigung gesandt, die folgenden Wortlaut hat: „1. Die in Nr. ... Ihrer Zeitung in der Form einer Anfrage an mich enthaltene Behauptung, daß das mir nahestehende Bankhaus meines Vaters in Bamberg an einem einzigen Tage 2.5 Millionen Mark durch das Salvarsan verdiente, ist ihrem ganzen Inhalte nach unwahr und von Anfang bis Ende erfunden. 2. Ich, bezugsweise das genannte Bankhaus, wird jeden, der diese oder eine ähnliche Behauptung aufstellt oder verbreiten sollte, strafgesetzlich verfolgen. 3. Sollten Sie selbst in Ihrer Anfrage die Behauptung aufstellen wollen, so ersuche ich um diesbezügliche Erklärung, damit ich das weitere veranlassen kann. A. v. Wassermann.“ Wenn man dem Herrn Geheimrat v. Wassermann den Vorwurf macht, daß er sich durch den Ertrag der Ergebnisse der sowohl von ihm als auch von anderen veranstalteten wissenschaftlichen Forschungen bereichern wolle oder dies indirekt mit Hilfe des Bankhauses seines Vaters zu tun versuche, so stellt dies tatsächlich den Gipfelpunkt der antisemitischen Verleumdungssucht dar. Es ist sicher manchem nicht bekannt, daß gerade dieser Gelehrte, dessen epochemachende Entdeckungen ihm einen Weltruf eingebracht haben, alle die Ergebnisse seiner Forschungen in der selbstlosesten Weise der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt hat, ohne davon für sich durch Patente oder dergleichen auch nur einen Pfennig zurückzubehalten. Er hätte Millionen und Abermillionen verdienen können, wenn er sich den finanziellen Ertrag seiner Forschungsergebnisse durch Patente gesichert hätte, was man ihm doch ganz und gar nicht hätte verdenken können. Der ihm gemachte Vorwurf steht auf derselben Stufe, wie die einst von antisemitischer Seite gegen den Entdecker des Salvarsans, Professor Ehrlich, wahrheitswidrig erhobene Behauptung, dieser habe, samt den Höchster Farbwerken, die das Mittel herstellen, ungeheure Wuchergewinne daraus gezogen. Professor Ehrlich konnte nachweisen, daß er gewiß einen entsprechenden Gewinn für sich als Entschädigung in Anspruch genommen, daß er diesen aber nicht für seine Person, sondern lediglich im Interesse seines Instituts verwendet habe. Professor Ehrlich hat unter diesen Vorwürfen bis an sein Lebensende schwer gelitten, weil er selbst der Wissenschaft große pekuniäre Opfer gebracht hatte, da ihm in jüngeren Jahren für seine Forschungen öffentliche Mittel nicht zur Verfügung standen und er die Kosten dafür aus eigenen Mitteln bestreiten mußte.

Literarisches Echo

„Al Hanissim“, eine Chanukahgabe für die jüdische Jugend. Sondernummer von „Bar Kochba, Blätter für die heranwachsende jüdische Jugend“, herausgegeben von C. Z. Klötzel. Welt-Verlag, Berlin NW 7, brosch. Mk. 2.—.

Dieses 32 Seiten starke sehr schön ausgestattete Heft bringt außer einer Einleitung und einem längeren Auszug aus den „Makkabäerbüchern“ Chanukaherzählungen von Schalom Asch, Annette Loewenthal, Gedichte von Zuckermann und Herzl, die Noten des „Moaus zur“ und eine Reihe kleinerer Beiträge, die alle im Zusammenhang mit dem Chanukahfest stehen. Das Verständnis eines Kapitels aus dem Jugendroman „Moses Pipenbrinks Abenteuer“ wird dadurch ermöglicht, daß der bisherige Inhalt kurz wiedergegeben wird. Einen besonderen Schmuck des Buches stellen die zahlreichen Bilder nach Zeichnungen von Joseph Budko, Lotte Baerwald und Ludwig Wronkow dar. Eine Anzahl noch nirgends veröffentlichter Bilder aus dem Leben Palästinas geben dem Heft einen besonderen Reiz. Rätsel und Briefkastennotizen, darunter eine sehr lesenswerte über den „jüdischen Weihnachtsbaum“, schließen das Heft.

Feuilleton

Jüdische Anatomie

(Aus meinem Skizzenbuch.)

1. Das jüdische Herz.

Ich sammelte damals.

„Es wird zuviel gesammelt“, ächzte der Kommerzienrat, sog den Rauch der Upman prüfend

ein und reckte die fleischigen Glieder. Er war eben massiert worden. Dann legte er mir derb die Hand mit den glitzernden Ringen auf die Schulter und quetschte mich so, als ob i c h an dem eingefressenen Rheumatismus litte. Ich bin aber sonst kerngesund. Damals war ich nur verschnupft. Kunststück, wo man so lange mit dem Sammelbogen in ungeheiztenZimmern warten mußte.

— „Ich gebe gerne", meinte er jovial, „ich gebe viel, auch für die Juden. Sie wissen ja, ich bin Jude. Ach natürlich wissen Sie es, sonst wären Sie nicht da. Aber dieses Judentum ist nur noch eine Organisation konstanter Schnorrerei. Man hört nichts, man sieht nichts außerdem. Nur diese aufdringliche Bettelei. Die Juden müßten sich das abgewöhnen. Außerdem machen die anderen das auch viel vornehmer. Z. B. kam da vor 3 Tagen der Polizeipräsident selbst und bat so en passant für das Schutzmannsheim. Hundert Em. Hier ist die Quittung. Sehen Sie, das ist eine vaterländische Aufgabe. Die Juden sollten mehr daran denken. Dann habe ich jetzt für die Herausgabe des Dichters Spielhuber mich verpflichtet. Ich bringe ihn total heraus. Früher waren nur so einzelne Fetzen gedruckt. Es soll fabelhaftes Zeug darin stehen. Ich habe Spielhuber nicht gekannt, der Mann starb, wie ich 3 Jahre alt war. Lesen Sie ihn einmal. Bilden Sie sich, mein Lieber! Da nützen Sie Ihre Zeit besser, als wenn Sie sich die Stiefelsohlen durchlaufen. Ich bin für die Wissenschaft . . ."

Ein unangenehmer Geschmack kam mir in den Mund. Ich hätte fast aus . . . Aber so etwas schreibt sich nicht gut. Aber so ganz ungeschoren wollte ich ihn doch nicht davon kommen lassen. Also ich blamiere ihn ein bischen. Rache schmeckt süß. Ich zirpte:

— „Herr Kommerzienrat stehen ja auf der Liste der christlichen Mission mit einem namhaften Betrag."

— „Richtig junger Freund. Haben Sie was dagegen? Es ist eigentlich meine Privatsache. Aber ich dulde Kritik. Ich bin liberal. Gut. Was ists damit? Soll ich nicht dafür geben? Warum? Sie sind wohl ein Feind der Christen? Toleranz, Nächstenliebe, Religion — hören Sie! Besser noch die christliche Religion als gar keine. Sehen Sie z. B. die Großstadtjugend von heute. Als ich jung war . . . ."

Ich versuchte zu opponieren. Seine Leutseligkeit war endlos.

— „Aber ich will Ihnen helfen. Sehen Sie, wenn Sie schon sammeln, warum gehen Sie nicht zu Herrn Mandelblüth, der ist doch Millionär."

— „Aber wenn der doch aus der Gemeinde ausgetreten ist!"

— „Na, und wie ist's mit Rothsteins Söhne?"

— „Die haben Christinnen geheiratet."

— „Vielleicht mein Hausarzt Dr. Cohn?"

— „Der ist Sozialist und gibt nur seiner Partei."

— „Was Sie sagen! Ich habe Ihnen schon gesagt: Das jüdische Sammeln ist nicht fein. Man hat nichts davon. Sammeln Sie, wenn Sie schon sammeln wollen, für was Bekannteres. Sie können dann bestimmt auf mich rechnen."

Ich war aufgestanden, nahm meine Aktenmappe und machte vor dem Fleischklumpen, aus dem einige blinzelnde Augen wie chinesische Mäuse tanzend hervorschossen, eine knappe Verbeugung.

— „Sie kennen nun meine Prinzipien. Im Übrigen. Ach was. Hier haben Sie eine Mark. Sie gefallen mir. Ihnen zu liebe tue ich es. Eine Quittung? Ist nicht nötig. In die Zeitung? Hören Sie, die Unkosten sparen Sie sich. Na adjes. Hat mich gefreut. Habe gerne getan. Man ist doch auch Jude und hat sein jüdisches Herz."

Draußen war ein Herbstwetter. Es regnete in Strömen . . . . Felix A. Theilhaber.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Schweinfurt. Nachdem in Schweinfurt bisher nur von assimilatorisch zentralvereinlicher Seite über den Zionismus „Aufklärung" geschaffen wurde, brachte uns der Vortrag des Herrn Reallehrers Dr. Tachauer aus Würzburg im Jugendverein am 24. November a. c. zum ersten Male ein klares Bild über den Willen und die Ziele des Zionismus. —

In der Diskussion sprachen zwei hiesige Rechtsanwälte im Sinne des Zentralvereins. Herr Dr. Tachauer antwortete in sehr feiner wirkungsvoller Weise. — Der Vortrag hat den Erfolg ausgelöst, daß die hiesigen wenigen Gesinnungsgenossen sich zusammengeschlossen haben und der Bewegung auch einige neue Mitglieder zugeführt wurden. Fl.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

H e d w. F r i e d m a n n s. A.-G a r t e n, N b g. Theodor Friedmann anläßlich der Beendigung der Schloschim 10.—.

E r i c h W o l f e n s t e i n s. G.-G a r t e n. V. J. St. Jordania auf den Namen ihres lieb. Bundesbruders Erich Wolfenstein 7 B. 70.—.

Geschäfts-Echo

Börsenbericht vom 2. bis 9. Dezember.

Das Interesse wandte sich nach wie vor den Auslands- und Valutawerten zu, während der übrige Markt sehr unregelmäßig war und gegen Ende der Woche Neigung nach unten zeigte, welche jedoch auf einzelnen Gebieten in leichte Erholung umschlug. Von Werten mit Auslandsinteresse erzielten Deutsch-Übersee bedeutende Kurssteigerungen, ferner Schantung-Bahn, die nur einer vorübergehenden Schwäche auf das Dementi einer einberufenen außerordentlichen Generalversammlung unterlagen. Otavi-Anteile und Genußscheine, Neu-Guinea, Kolonial-Anteile. Otavi und South-West gingen in starke Steigerung. Auch Angelo-Guano schlossen sich der Aufwärtsbewegung an. Für Petroleumwerte war ebenfalls gute Meinung. Der deutsche Markt litt unter Angstverkäufen auf Grund der unsicheren politischen Lage und verstimmenden Kapitalserhöhungsvorschlägen. Hier gingen Stolberg-Zink auf 200 herunter. Phönix, auch Deutsch-Luxemburger waren gedrückt, während sich für Mix-Genest und Accumulatoren Interesse zeigte, die ihren Kursstand nahmhaft erhöhen konnten. Für Automobilwerte war gute Meinung, insbesondere für Benz, auf Gerüchte eines engeren Zusammenschlusses dieser Branche. Lebhaft und mit höheren Kursen wurden Bosnier-, Bulgaren-, Mexikaner- und Rumänen-Noten gehandelt, auch Westsizilianer und Mittelmeer lagen fest. Lombarden leicht schwankend mit fester Grundstimmung. Vor Berichtschluß machte sich auf die Veröffentlichung der Ententenote und Pariser pessimistischen Auffassungen derselben eine beginnende leichte Erholung bemerkbar. Steigend waren Elberfelder-Farben, Hirsch-Kupfer, Goldschmidt Hösch, A.E.G. und Gesellschaft für elektrische Unternehmen.

Der Anleihemarkt war wenig gesucht. Die Kurse hielten sich ungefähr auf gleichem Stand. Mitgeteilt von L e o O t t o H a m p p, Bankgeschäft, München, Kaufingerstraße 11/I.

Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.